



AUSTRIAN INSTITUTE FOR
EUROPEAN AND SECURITY POLICY



Bundesministerium
Landesverteidigung

Nr. 2025/5

Die Östliche Partnerschaft

Aktuelle Entwicklungen in den Kandidaten-
ländern der EU: Moldau und die Ukraine

von Lívia Benko
Dezember 2024

AIIES COMMENT

Die Östliche Partnerschaft

Aktuelle Entwicklungen in den Kandidatenländern der EU: Moldau und die Ukraine

Einleitung

Der folgende AIES Comment wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) verfasst und widmet sich den aktuellen Entwicklungen rund um die Östliche Partnerschaft, insbesondere im Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess der Ukraine und Moldaus. Im Mittelpunkt stehen dabei die Herausforderungen und Fortschritte beider Staaten bei der Umsetzung notwendiger Reformen, die Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Region sowie die Konsequenzen, die sich daraus für die zukünftige Erweiterungs- und Strukturpolitik der Europäischen Union ergeben.

Die Östliche Partnerschaft ist eine spezielle Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die 2009 ins Leben gerufen wurde und darauf abzielt, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und sechs osteuropäischen und südkaukasischen Partnerländern zu stärken und zu vertiefen: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine. Im Laufe der Jahre hat die Östliche Partnerschaft dazu beigetragen, die EU und ihre Partnerländer einander näher zu bringen. Für das Jahr 2025 wurden wesentliche Ziele festgelegt, wie z.B. Investitionen in wettbewerbsfähige und innovative Volkswirtschaften, Förderung der Rechtsstaatlich-

keit und Investitionen in nachhaltige und intelligente Konnektivität.¹

Moldau und die Ukraine hoffen, der EU bis 2030 beitreten zu können. Damit haben sie den Prozess vom Antrag bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen schneller durchlaufen als andere Länder in der Warteschlange – Georgien, die Türkei und die Westlichen Balkanstaaten. Doch anstatt über den Zeitplan für den Abschluss ihrer Beitrittsgespräche zu spekulieren, sollten sie sich lieber auf die Erfüllung der Dutzenden spezifischen Anforderungen und die Umsetzung von Reformen konzentrieren, solange die politische Dynamik in der EU noch anhält. Da die inhaltliche Verhandlung der Kapitel voraussichtlich im Jahr 2025 beginnen wird, nachdem die neue Europäische Kommission gebildet wurde und Polen die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, haben beide Staaten nun Zeit, sich vorzubereiten.²

Moldau

Moldau beantragte im März 2022 die EU-Mitgliedschaft und erhielt im Juni desselben Jahres den Kandidatenstatus. Die Beitrittsverhandlungen wurden im Juni 2024 formell eröffnet. Parallel zum Erweiterungsprozess arbeiten die EU und die Republik Moldau auch zusammen, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken, unter anderem im Rahmen der Östli-

chen Partnerschaft. Die Republik Moldau profitiert von einer weitreichenden und umfassenden Freihandelszone. Die achte Tagung des Assoziationsrates EU-Moldau am 21. Mai 2024 behandelte den EU-Beitrittsprozess, Reformen, den politischen Dialog sowie die Zusammenarbeit in Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Zwischen 2022 und 2024 stellte die EU 966 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für die vom Krieg in der Ukraine betroffene Zivilbevölkerung bereit. Darin enthalten sind 71 Mio. EUR für die Republik Moldau.

Auch in Sicherheits- und Verteidigungsfragen bleibt die EU ein zentraler Partner der Republik Moldau. Im Mai 2024 wurde am Rande der 8. Tagung des Assoziationsrates EU-Moldau eine bilaterale Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft unterzeichnet. Die EU-Partnerschaftsmission in Moldau (EUPM) ist seit April 2023 im Einsatz. Die Mission unterstützt das Land bei der Entwicklung seiner Krisenmanagementstrukturen und zielt darauf ab, seine Cybersicherheit und Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen zu verbessern.

Zwischen 2021 und 2024 stellte die EU über die Europäische Friedensfazilität 137 Millionen Euro für die Modernisierung der moldauischen Streitkräfte bereit. Damit ist die Republik Moldau nach der Ukraine das zweitgrößte bilaterale Empfängerland von Mitteln aus der Europäischen Friedensfazilität. Die von

der EU finanzierte Hilfe zielt darauf ab, die operative Effizienz der moldauischen Streitkräfte zu verbessern und kritische zivile Infrastrukturen sowie die Zivilbevölkerung in Krisen und Notfällen besser zu schützen. Darüber hinaus stärken die Unterstützungsmaßnahmen die Fähigkeit Moldaus, sich an militärischen GSPV-Missionen und -Operationen der EU sowie an anderen multinationalen Operationen zu beteiligen.³

Im Schatten der russischen Invasion in der Ukraine arbeitet die Republik Moldau intensiv an der Sicherung ihrer europäischen Zukunft. Unter den vielen verbleibenden Hindernissen auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft ist eine besondere Herausforderung: die Region Transnistrien. Die Region, offiziell Pridnestrowische Moldauische Republik, ist ein international nicht anerkannter Staat und wird eher als eine Region betrachtet, zu der Russland „besondere Beziehungen“ pflegt, einschließlich einer militärischen Präsenz in der Region seit 1992. Die transnistrische Region im Nordosten des Landes (an der südwestlichen Grenze der Ukraine) umfasst etwa 12 Prozent des moldauischen Territoriums. Im Laufe der Jahre wurden die Deutungen des Konflikts immer kontroverser und reichten von der Sichtweise der lokalen Elite bis hin zu der Behauptung, dass es sich um einen völlig künstlichen Konflikt handelt, der durch subversiven russischen Einfluss angeheizt wird.

Bemerkenswert ist, dass die moldauische Regierung

Transnistrien nie offiziell als besetztes Gebiet anerkannt hat (siehe Artikel 11 der moldauischen Verfassung: „Die Republik Moldau - ein neutraler Staat (1) Die Republik Moldau proklamiert ihre ständige Neutralität“). Darüber hinaus unterstreicht die offizielle Anerkennung Transnistriens als „besetztes Gebiet“ durch den Europäischen Rat am 15. März 2022 die Haltung der EU in dieser Angelegenheit und betont die zentrale Rolle Russlands bei der Bereitstellung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung für Transnistrien.⁴

Der Europäische Rat erkannte die beträchtlichen Fortschritte Moldaus bei der Korruptionsbekämpfung und der Eindämmung oligarchischer Strukturen an, doch die Republik Moldau steht weiterhin vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Mit einer kleinen und weiter schrumpfenden Bevölkerung von nur etwa 2,5 Millionen Menschen und einem BIP von 16,54 Milliarden US-Dollar (2023) gehört die Republik Moldau weiterhin zu den ärmsten Ländern Osteuropas. Im Jahr 2023 betrug das Pro-Kopf-BIP, angepasst an die Wechselkurse, 6600 US-Dollar.⁵ Im letzten Jahrzehnt stammte der größte Teil des BIP, etwa 60 Prozent, aus dem Dienstleistungssektor und etwa 20 bzw. 10 Prozent aus jeweils dem Industrie- und dem Agrarsektor. Trotz des beträchtlichen Wirtschaftswachstums in den letzten zehn Jahren (durchschnittlich 3,3 Prozent zwischen 2016 und 2021) und der jüngsten Reformen (größtenteils unter der Präsidentschaft von Maia Sandu) ist

die Republik Moldau nach wie vor in hohem Maße von Finanzhilfen aus dem Ausland und Rücküberweisungen abhängig, wobei letztere in den letzten zwei Jahrzehnten etwa 15 bis 35 Prozent des moldauischen BIP ausmachten. Die größte Herausforderung für Transnistrien wie auch für die Republik Moldau ist die große Abhängigkeit von Russland in Bezug auf fossile Energie, vor allem in Form von Erdgas.

Aufgrund des anhaltenden eingefrorenen Konflikts mit Transnistrien und der schwachen Wirtschaft des Landes ist es für die moldauische Regierung von entscheidender Bedeutung, Wege zur Lösung dieser verbleibenden Herausforderungen zu finden. Während die Aussichten auf eine Lösung des Transnistrien-Konflikts natürlich vom Abzug der russischen Truppen aus der Region abhängen, muss die Republik Moldau auch ein breites Spektrum wirtschaftlicher Probleme angehen, darunter eine anhaltend negative Außenhandelsbilanz, ein nicht tragfähiges Bankensystem und die weit verbreitete Korruption.⁶

Ukraine

Wie bereits erwähnt, kämpft die Ukraine in diesen schwierigen Zeiten um ihre Zukunft. Und der Beitritt zur EU wäre für die Ukraine ein großer Gewinn. Am 15. Dezember 2023 hat die EU die erste Regierungskonferenz auf Ministerebene zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine abgehalten. Es wurde beschlossen, Beitrittsverhandlungen zu eröffnen und es folgte

am 21. Juni durch den Rat die Billigung des Verhandlungsrahmens für die Verhandlungen mit der Ukraine im Einklang mit der überarbeiteten Erweiterungsmethodik. Die EU hat erneut bekräftigt, dass sie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine entschieden verurteilt, und sich bereit erklärt, die Ukraine und ihre Bevölkerung gegen den anhaltenden Krieg Russlands so lange und so weitreichend wie nötig zu unterstützen.

Die EU betonte, dass die Ukraine bereits ein enger Partner der EU ist. Ihr Assoziierungsabkommen mit der EU, das auch eine vertiefte und umfassende Freihandelszone beinhaltet, ist 2017 in Kraft getreten und wird seit 2014 vorläufig angewendet. Es bildet die Grundlage für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine in einer Vielzahl von Bereichen. Die EU und die Ukraine stimmen sich in der Außen- und Sicherheitspolitik eng ab, und die EU bestärkt die Ukraine darin, ihren positiven Trend zur vollständigen Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU fortzusetzen.

Die EU hat die Kommission nun aufgefordert, den Stand der Vorbereitungen der Ukraine für die Aufnahme von Verhandlungen in bestimmten Bereichen weiter zu bewerten und die Themen zu ermitteln, die in den Verhandlungen höchstwahrscheinlich zur Sprache kommen werden, beginnend mit dem Themenkomplex „Grundlagen“, der gemäß dem Verhandlungsrahmen zuerst eröffnet wird. Als künftiger

Mitgliedstaat wird von der Ukraine erwartet, dass sie sich weiterhin an die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union aufgeführten Werte hält. Dies enthält die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören.⁷

Die Aussichten auf eine reibungslose Eröffnung der Beitrittsverhandlungen - insbesondere im Falle der Ukraine - wurden durch Ungarn beeinträchtigt. Budapest hat Kyiv in der Frage des Status der ungarischen Minderheit in der Ukraine unter Druck gesetzt und wiederholt damit gedroht, EU-Verhandlungsbeschlüsse zu blockieren und generell eine Blockadehaltung bezüglich Unterstützung der Ukraine einzunehmen. Die Staats- und Regierungschefs der Ukraine und der EU bemühen sich intensiv um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Moldau und der Ukraine, bevor Ungarn im Juli die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernahm.⁸

Die Ukraine wird auf dem Weg zum EU-Beitritt Änderungen an der Verfassung vornehmen müssen. Olha Stefanishyna, stellvertretende Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration und Justizministerin der Ukraine, hat erklärt, dass „das EU-Recht in die ukrainische Gesetzgebung umgesetzt werden muss. Darüber hinaus wird der Beitritt der Ukraine zur

EU Änderungen an der ukrainischen Verfassung erfordern. Die Prinzipien, die die staatlichen Institutionen regeln, müssen reformiert werden“, sagte Stefanishyna und betonte, dass Verfassungsänderungen unumgänglich sind, da Urteile des Europäischen Gerichtshofs umgesetzt und EU-Verordnungen angewendet werden müssen, die in der Ukraine unmittelbar gelten werden. „Natürlich ist es möglich, dass diese Verfassungsänderungen in Kraft treten, wenn die Ukraine der EU beitrifft. Die Vorbereitungen müssen jedoch jetzt beginnen, um sicherzustellen, dass das gesamte Rechtssystem für diesen Übergang bereit ist“, so Stefanishyna abschließend. Darüber hinaus teilte sie ihre Erwartungen mit, dass die Ukraine in der Lage sein wird, in der ersten Hälfte des Jahres 2025 zwei Cluster für die EU-Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.⁹

Wie aus den obigen Ausführungen hervorgeht, wird der Weg der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft sowohl der Ukraine als auch der EU erhebliche politische, wirtschaftliche und strukturelle Anpassungen abverlangen. Die potenziellen Vorteile sind jedoch beträchtlich. Die Mitgliedschaft der Ukraine wird die kollektive Sicherheit stärken und das Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten festigen. Als einer der ärmsten Staaten Europas wird die Ukraine, die sich im Krieg befindet, erhebliche politische, wirtschaftliche und strukturelle Unterstützung durch die EU benötigen. Die Mitgliedschaft der

Ukraine wird tiefgreifende Auswirkungen auf die internen Strukturen der EU haben. Da das Land über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von der Größe Italiens verfügt, wird die Mitgliedschaft der Ukraine eine umfassende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU erforderlich machen.

Als Mitglied wird die Ukraine der sechstbevölkerungsreichste EU-Mitgliedstaat werden. Dies wird wichtige Fragen zur Notwendigkeit institutioneller Reformen in der EU aufwerfen, z.B. bezüglich Abstimmungsmechanismen und Entscheidungsprozessen. Diskussionen über den EU-Haushalt sowie die Folgen, die ein Beitritt der Ukraine für die Kohäsionspolitik der EU hätte, könnten kritische Debatten auslösen. Auch die Diskussionen über die offenen Grenzen der Ukraine könnten zu einem Hindernis für Fortschritte bei den Beitrittsgesprächen werden. Der EU-Beitritt der Ukraine steht in direktem Zusammenhang mit der Vertiefung der EU-internen Debatte über die Zukunft und die Struktur reformen der Union.

Die Europäische Kommission hat kürzlich bestätigt, dass die Ukraine die noch ausstehenden Reformschritte, die für die Aufnahme formeller Gespräche erforderlich sind, abgeschlossen hat, insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung, der Entoligarchisierung und dem Schutz nationaler Minderheiten. In Bereichen wie der Agrarpolitik, der institutionellen Reform und der Verteidigungspolitik wird der Beitritt der Ukraine die dringend

benötigte interne Diskussion über einen Reformbedarf auslösen. Die Mitgliedschaft der Ukraine und die Vorbereitungen, die die EU dafür treffen muss, haben das Potenzial, die EU in eine umfassendere Phase der Erweiterung zu führen.

Die Beitrittsverhandlungen der Ukraine und von Moldau sind endlich Wirklichkeit geworden.

Die Mitgliedschaft der Ukraine wird auch erhebliche Vorteile in verschiedenen Sektoren mit sich bringen. Einer der wichtigsten ist der Bereich Verteidigung und Sicherheit. Wenn die Erfahrungswerte und die Innovationen der Ukraine wirksam eingebunden werden, könnte der Beitritt der Ukraine, die EU als geopolitischen Akteur und Global Player stärken.

Der wachsende Energiesektor der Ukraine würde die EU dabei unterstützen, noch schneller zur Selbstversorgung überzugehen, während ihr dynamischer Technologiesektor der technologischen Revolution in der EU zugutekäme. Die Ukraine gehört zu den Ländern Europas, die am reichsten mit kritischen und strategischen Rohstoffen ausgestattet sind, die für den technologischen Fortschritt benötigt werden. Auch das hohe Bildungsniveau der ukrainischen Bevölkerung wird sowohl den EU Arbeitsmarkt bereichern, als auch für den Wiederaufbau der Ukraine wichtig sein.¹⁰

Conclusio

Die Beitrittsverhandlungen der Ukraine und von Moldau sind endlich Wirklichkeit geworden. Die Aufnahme offizieller EU-Verhandlungen war ein wichtiger Meilenstein für die beiden Länder, doch die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft werden noch viele Anstrengungen und politische Manöver erfordern. Nach Jahren der Stagnation in den westlichen Balkanländern gibt dieser Schritt der Erweiterungspolitik der EU einen kräftigen Schub und stärkt und fördert den Reformprozess in der Ukraine und Moldau. Auch wenn die Erweiterung wieder an Schwung gewonnen hat, werden weitere Fortschritte und schließlich der Beitritt von vielen Faktoren wie der Innenpolitik und den Fortschritten bei den Reformen abhängen.

Die Ukraine, die Republik Moldau und die EU müssen das derzeitige Tempo beibehalten.¹¹ Die Ukraine ist besorgt über ihre Zukunft in diesen schwierigen Zeiten. Und der Beitritt zur EU wäre ein großer Gewinn für die Ukraine. Daher muss die EU die Ukraine, aber auch Moldau beim Beitrittsprozess unterstützen, da nicht nur die beiden Länder, sondern auch die EU von einer Win-Win-Situation profitieren werden, sobald die Vollmitgliedschaft erreicht ist.

Aber auch die EU muss Änderungen vornehmen, da die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder zu integrieren, vor komplexen Herausforderungen steht. Dies betrifft

Haushaltsfragen, Entscheidungsfindungsmechanismen und die allgemeine Struktur der EU-Governance, die alle durch die Aufnahme neuer Mitglieder, insbesondere eines so großen Landes wie der Ukraine, beeinträchtigt werden. Daher muss der EU-Haushalt reformiert werden, bevor weitere Länder aufgenommen werden können.¹²

About the Author

JUDr. Lívía Benko, M.A., ist Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Zu ihren Forschungs- und Publikationsschwerpunkten zählen regionale Stabilität in Zentraleuropa (insbesondere in den Visegrad-Staaten), Österreichs Beteiligung an der Drei-Meere-Initiative und das Central European Defence Cooperation Format (CEDC).

¹ European Council. 2024. „Moldova“. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-moldova-relations/>.

² Parandii 2024

³ European Council 2024

⁴ Anisimova, Anna. 2024. „Moldova’s EU Integration and the Special Case of Transnistria“. Free Network, 14. Oktober. <https://freepolicybriefs.org/2024/10/14/moldovas-eu-integration/>

⁵ Ibid.

⁶ Ibid.

⁷ Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations. 2024. „EU opens accession negotiations with Ukraine“. European Commission, 25. Juni. https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/eu-opens-accession-negotiations-ukraine-2024-06-25_en.

⁸ Parandii 2024

⁹ Sydorenko, Sergiy. 2024. „Ukraine's accession to EU will require amendments to Constitution“. European Pravda, 06.

September. <https://www.eurointegration.com.ua/eng/news/2024/09/6/7193657/>.

¹⁰ Khachatryan et al. 2024

ECFR. 2024. Dreaming of EU: The Challenges ahead for Ukraine’s and Moldova’s Accession. 27. Juni. <https://ecfr.eu/article/dreaming-of-eu-the-challenges-ahead-for-ukraines-and-moldovas-accession/>

¹¹ ECFR 2024

¹² Parandii 2024

Bibliographie

- Amran, Rachel. 2024. „EU Ambassador to Ukraine: Ukraine could join EU in 2030”. The Kiev Independent, 05. Mai. <https://kyivindependent.com/eu-ambassador-to-ukraine-ukraine-could-join-eu-in-2030/>.
- Anisimova, Anna. 2024. „Moldova’s EU Integration and the Special Case of Transnistria”. Free Network, 14. Oktober. <https://freepolicybriefs.org/2024/10/14/moldovas-eu-integration/>
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations. 2024. „EU opens accession negotiations with Ukraine”. European Commission, 25. Juni. https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/eu-opens-accession-negotiations-ukraine-2024-06-25_en.
- ECFR. 2024. Dreaming of EU: The Challenges ahead for Ukraine’s and Moldova’s Accession. 27.Juni. <https://ecfr.eu/article/dreaming-of-eu-the-challenges-ahead-for-ukraines-and-moldovas-accession/>
- Emerson, Michael et al. 2023. „The EU accession prospects of Ukraine, Moldova and Georgia”. CEPS, 23. März. <https://www.ceps.eu/ceps-publications/eu-accession-prospects-of-ukraine-moldova-and-georgia/>.
- European Commission. 2024. „EU solidarity with Ukraine“. https://commission.europa.eu/topics/eu-solidarity-ukraine_en.
- European Council. 2024. „Moldova”. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-moldova-relations/>.
- European Council. 2024. „Moldova”. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-moldova-relations/https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-moldova-relations/>
- Khachatryan, Amalia, Antonia Battaglia, Daniel Sleat, Jacob Delorme, und Kayla Crowley-Carbery. 2024. „The Benefits and Opportunities of Ukraine’s EU Accession”. Tony Blair Institute for Global Change, 19. Juni. <https://institute.global/insights/geopolitics-and-security/the-benefits-and-opportunities-of-ukraines-eu-accession>.
- Parandii, Khrystyna. 2024. „Moldova and Ukraine Will Need to Navigate a Complex Political Landscape in EU Accession Negotiations”. GMF, 03. Juli. <https://www.gmfus.org/news/moldova-and-ukraine-will-need-navigate-complex-political-landscape-eu-accession-negotiations>.
- Sydorenko, Sergiy. 2024. „Ukraine's accession to EU will require amendments to Constitution“. European Pravda, 06. September. <https://www.eurointegration.com.ua/eng/news/2024/09/6/7193657/>.

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2025

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Comment series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at